

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2019/209

freigegeben am **24.10.2019**

GB 1

Sachbearbeiter/in: Düring, Andre

Datum: 08.10.2019

Bereitstellung von preiswertem Wohnraum für Arbeitnehmer - Antrag der FDP

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.11.2019	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2019	Verwaltungsausschuss
Ö	05.11.2019	Rat

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

Mit dem als Anlage beigefügten Antrag hat die FDP die Zielsetzung formuliert, in zentraler Lage bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Mitarbeiter*innen von Rasteder Unternehmen zu schaffen.

Hintergrund ist die auch der Verwaltung teilweise bekannte Suche von Unternehmen nach Wohnraum für Mitarbeiter*innen. Die Gemeinde Rastede hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend als ein interessanter Wohn- aber auch Gewerbeort entwickelt. Hieraus entsteht in gewisser Hinsicht durchaus einen Interessenkonflikt. Sowohl aus den Reihen der Einwohner*innen als auch denen der Mitarbeiter*innen, auch, wenn beide Eigenschaften zusammentreffen, wird Wohnraum unmittelbar nachgesucht. Unternehmungen sind außerdem auch mittelbar auf der Suche nach Wohnraum, um Mitarbeiter*innen in ihrem Unternehmen zu halten oder zu gewinnen.

Eine besondere Präferenz für diese Klientel wurde in der Vergangenheit bereits gesehen und in den Vergabekriterien durch gesonderte Bepunktung berücksichtigt. Eine höhere Bepunktung würde sich zu einer Verzerrung gegenüber den Einwohner*innen auswirken können. Langfristig ausgerichtete Bodenpolitik kann sich nicht primär an kurzfristig ausgerichteten Unternehmensinteressen orientieren.

Folglich ist die Gruppe der Mitarbeiter*innen in dem ohnehin Gesamtinteressentenkreis enthalten gewesen, wobei sicherlich auch zu einem nicht unwesentlichen Teil Überschneidungen mit dem Merkmal der Einwohnerschaft auftreten.

Tatsächlich führt die Ansiedlung von Unternehmen im Übrigen nicht sofort zu einem Wohnraumbedarf. Mitarbeiter der Unternehmen nehmen zunächst typischerweise Anfahrtswege in Kauf, schon deshalb, weil es sich bei der Ansiedlung regelmäßig um solche handelt, die aus der näheren Umgebung stammen. Im Übrigen wäre es den Unternehmen bereits heute möglich, selbstständig für entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen, beispielsweise dann, wenn man selbst am Markt als Käufer*in auftreten würde. Auf die Vorlage 2019/220 wird insoweit verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Antrag der FDP vom 25.07.2019